



Feedback zur Roadmap zur Überarbeitung der Mitteilung über wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse

21.12.2020

I. Vorbemerkung und Relevanz für die Freie Wohlfahrtspflege

Anmeldepflichtige Beihilfen i.S.v. Art. 107 Abs. 3 lit b) Alt. 1 AEUV (für Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse, sog. IPCEI) kommen mit Blick auf die entsprechende Mitteilung ([2014/C 188/02](#)) aus unserer Sicht nicht für die beihilfenrechtliche Freistellung regelmäßiger Zuwendungen wie etwa Globaldotationen in Betracht. Auch die Erfüllung der (kumulativ) aufgeführten Kriterien könnten für die Freie Wohlfahrtspflege evtl. problematisch sein, etwa die Beteiligung mehrerer Mitgliedstaaten oder die Verpflichtung zur Ko-Finanzierung. Es ist fraglich, ob insbesondere die „quantitative Bedeutung“ in Bezug auf die Größe, das übernommene Risiko bzw. das finanzielle Engagement problematisch ist, wenn gleichwohl dies kein zwingendes Kriterium für ein solches Vorhaben darstellt.

Positiv ist, dass in der Mitteilung ausdrücklich auf die Europa-2020-Strategie und *alle* Wirtschaftszweige abgestellt wird, wozu auch unsere Tätigkeiten gehören dürften. In Betracht kommt aber allenfalls eine Freistellung von Förderungen für Vorhaben (sofern sie als beihilfefähige Kosten i.S.d. Anlage gelten), die außerordentlich anstehen.

Von daher bieten die Mitteilung von 2014 und Art. 107 Abs. 3 lit. b) Alt. 1 AEUV einige Anknüpfungspunkte für größer angelegte Vorhaben auch aus der Freien Wohlfahrtspflege.

Die Frist zur Einreichung einer [Feedbacks zur Überarbeitung der Mitteilung](#) ist **21.12.2020**.

II. ENTWURF für das Feedback der BAGFW (4000 Zeichen, inkl. Leerzeichen, dieser Teil wurde eingereicht)

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) begrüßt das Vorhaben der EU-Kommission, die Kriterien für die Würdigung von Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) zu überarbeiten.

Wir machen darauf aufmerksam, dass auch Projekte und weitere innovative Vorhaben der Freien Wohlfahrtspflege, die gemeinnützig und in vielen Bereichen sozialwirtschaftlich tätig ist, als Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse gelten können, sofern sie im Einzelfall unter den Tatbestand der Beihilfe i.S.v. Art. 107 Abs. 1 AEUV fallen.

So gestaltet die Freie Wohlfahrtspflege mit ihren gemeinnützigen Einrichtungen und Diensten Veränderungen aktiv mit und schafft fortwährend neue und innovative Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen, auch im Rahmen der digitalen, demographischen und ökologischen Transformation. Ebenso prägt und trägt sie ganz wesentlich die soziale Infrastruktur, wobei sie zwischen Staat und Markt eine eigenständige Rolle einnimmt.

Wir fordern daher, ausgehend von der noch bis zum 31.12.2020 gültigen Mitteilung (2014/C 188/02), dass bei der Überarbeitung der Kriterien für IPCEI bewusst auch gemeinnützige sozialwirtschaftlich tätige Organisationen berücksichtigt werden:

IPCEI sollen nach den aktuellen Kriterien etwa zu den Zielen der Europa-2020-Strategie und somit den darin enthaltenen sozialen Zielen beitragen (Rz. 15 der gültigen Mitteilung). Zu den Kernzielen der Europa-2020-Strategie gehört die soziale Eingliederung, die insbesondere durch die Verminderung von Armut gefördert werden soll. Konkret sollten bis zum Jahr 2020 mindestens 20 Millionen Menschen vor dem Risiko der Armut oder Ausgrenzung bewahrt werden, was nicht erreicht



wurde. Nicht zuletzt deshalb muss weiter an den sozialen Zielen festgehalten werden. Insbesondere sollte die Verfolgung der Grundsätze und Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte als eine zentrale Zielvorgabe ausdrücklich in den Zielekatalog (Rz. 15 der gültigen Mitteilung) aufgenommen werden. Durch in der überarbeiteten Mitteilung neu gefasste Kriterien sollten daher auch solche Vorhaben als IPCEI eingestuft werden, die die Ziele des sozialen Fortschritts, der sozialen Marktwirtschaft, der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung sowie der sozialen Gerechtigkeit (Art. 3 Abs. 3 AEUV) verfolgen. Damit würden IPCEI einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der sozialpolitischen Ziele der EU und für den sozialen Zusammenhalt leisten.

Wir weisen zudem darauf hin, dass das mitgliedstaatübergreifende Zusammenführen von Know-How und innovativen Erkenntnissen im Bereich der sozialen Dienste, allen voran der Gesundheitshilfe, im Falle systemischer Ausfälle und Krisen wesentlich zu einer erfolgreichen Krisenbewältigung beiträgt und somit regelmäßig mindestens in qualitativer Hinsicht von Bedeutung ist.

Sog. „Spill-over“-Effekte, wie sie aktuell von einem IPCEI für die Wirtschaft und Gesellschaft ausgehen sollen (s. Rz. 17 der gültigen Mitteilung), müssen noch klarer auch den gesellschaftlichen Mehrwert umfassen, den gemeinnützige sozialwirtschaftliche Organisationen neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung schaffen.

Die Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland unterstützt etwa im Kontext der Digitalisierung die Veränderungs- und Innovationsprozesse durch zahlreiche Maßnahmen (vgl. <https://diewohlfahrt.digital/>). Als ein weiterer Beleg für diesen gesellschaftlichen Mehrwert sowie für Aktivitäten von bedeutender innovativer Natur dürften die vielen Projekte der Freien Wohlfahrtspflege gelten, die seit Jahren mithilfe von EU-Fonds (ESF, FEAD, EFRE) ko-finanziert werden. Beispiele sind hier das ESF-Programm „rückenwind+“, durch das Konzepte und Instrumente der Personal- und Organisationsentwicklung in der gemeinnützigen Sozialwirtschaft gefördert werden, oder transnationale Interreg-Projekte z.B. mit Entwicklungen von Konzepten für die Daseinsvorsorge.

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW)
EU-Vertretung
Rue de Pascale 4
B-1040 Bruxelles
EU-Transparenzregister Nr. 9737622425-76

Tel.: +32 (0)2 280 27 30
euvertretung@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de/europa